

BLICKPUNKT PLENUM

15. – 17. Juli 2014

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Grunderwerbsteuererhöhung ist Wortbruch des Finanzministers

Die SPD-Landtagsfraktion hat den Wortbruch des hessischen Finanzministers Dr. Schäfer bei der Einführung der Grunderwerbsteuer scharf kritisiert. Noch am 28. Januar 2014, vier Wochen nach der Unterschrift des schwarz-grünen Koalitionsvertrages, habe Dr. Schäfer erklärt, dass die Grunderwerbsteuer erst 2015 erhöht werden soll. Nun soll sie schon zum 1. August dieses Jahres erhöht werden. Der jetzige Verweis in der Gesetzesbegründung auf die Hessische Verfassung und die Schuldenbremse sei keine glaubwürdige Rechtfertigung, weil die Einhaltung der Kriterien auch schon im Januar gegolten habe. Zumal die Schuldenbremse auch erst Ende des Jahres 2019 greife. Mit diesem Wortbruch trage die Koalition zu Politikverdrossenheit, zu Glaubwürdigkeitsverlust und Vertrauensverlust in der Politik insgesamt bei. Nach 15 Jahren CDU-geführter Landesregierung stehe Schwarz-Grün das Wasser offensichtlich finanziell bis zum Hals und diese Koalition pfeife finanzpolitisch auf dem letzten Loch.

Die SPD-Landtagsfraktion erteilte dem Antrag der FDP auf Senkung der Grunderwerbsteuer eine klare Absage. Daraus resultierten bis zum Ende der Legislaturperiode über eine Milliarde weniger Steuereinnahmen. Dies sei finanzpolitisch unverantwortlich.

Neustart der Energiewende ist notwendig

In der Debatte zur Regierungserklärung des Wirtschaftsministers zur Energiewende hat die SPD-Landtagsfraktion der CDU „Wendehalsigkeit“ vorgeworfen. In Hessen spiele sich die CDU als Retter dessen auf, was sie lange in Berlin zu verhindern versucht habe. In Hessen und im Bund seien gerade die Aufräumarbeiten für das Energiewende-Chaos der letzten CDU-geführten Regierungen im Gange. Mit dem schwarzen Koalitionspartner habe Wirtschaftsminister Al-Wazir bei der Festlegung der energiepolitischen Ziele im Koalitionsvertrag nicht mehr erreichen können. Der Politikwechsel sei leider ausgefallen. Auch bei der Umsetzung der energiepolitischen Ziele von Schwarz-Grün müsse man genau hinschauen. Zwei Prozent der Landesfläche könnten für Windkraftanlagen festgelegt werden. Doch sei es noch lange nicht sicher, dass diese Flächen auch wirklich genutzt werden können. In einigen Bereichen, etwa um den Bundeswehrstandort Fritzlar, sei noch lange nicht klar, ob wirklich gebaut werden könne. Notwendige Klärungen zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium gebe es bis heute nicht.

Kifög ist und bleibt der falsche Ansatz

Die SPD-Landtagsfraktion sieht sich nach der Diskussion im Rahmen des Runden Tisches zur Kinderbetreuung in ihrer grundlegenden Kritik am Kinderförderungsgesetz (Kifög) bestätigt. Der sachliche-konstruktive Ton der Debatte habe über die anhaltende Härte der Kritik nicht hinwegtäuschen können. Diese Kritik werde durch die ersten Erfahrungen mit der Anwendung des Gesetzes bestätigt. Kleine Träger und Einrichtungen im ländlichen Raum seien benachteiligt, teilweise bis an den Rand der Existenzgefährdung. Die Einrichtung oder auch nur die Aufrechterhaltung bedarfsdeckender Ganztagsangebote werde durch die sich weiter öffnende Schere zwischen Personalkosten und Landesförderung erschwert. Die Inklusion werde nicht durch gesetzliche festgelegte Standards abgesichert. In vielen Fällen müssten Träger und Kommunen mit erheblichen finanzielle Einbußen beziehungsweise mit wachsenden strukturellen Defiziten in der Kinderbetreuung rechnen und als Konsequenz daraus die Eltern mit steigenden Kita-Gebühren.

Dass die Probleme noch nicht voll erkennbar seien, liege daran, dass die weit überwiegende Zahl der Träger das Kifög noch nicht anwenden würde. Viele Träger und Einrichtungen würden zu Recht den hohen bürokratischen Aufwand, finanzielle Einbußen und Verschlechterungen der Qualität fürchten und deswegen die Umstellung hinauszögerten.

Keine Chance für sozialeres Hessen und bessere Infrastruktur

Die SPD-Landtagsfraktion hat eine bessere Finanzausstattung der Kommunen, eine angemessene Unterstützung von sozialen Initiativen und ausreichende Mittel für Straßenbaumaßnahmen in Hessen gefordert. CDU und Grüne hätten entsprechende Änderungsanträge abgelehnt und damit deutlich gemacht, dass es ihnen an dem Gestaltungswillen fehle, um Hessen voranzubringen. Die SPD fordert mehr Mittel für den Landesstraßenbau ein, CDU und Grüne hätten das Gegenteil getan und durch eine Haushaltssperre die Straßenbaumittel in diesem Jahr um 42 Millionen Euro gekürzt. Das sei für die SPD inakzeptabel. Mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von sieben Millionen Euro wolle die SPD zudem soziale Initiativen, unter anderem die Schuldnerberatung, Prävention von Kinderarmut, Selbsthilfegruppen, das Projekt Familienzentren oder Fraueninitiativen in Hessen unterstützen.

Es sei ein Treppenwitz, dass der Nachtragshaushalt ein Sozialbudget vorsehe, aber kein Cent dafür bereitgestellt werde. Selbst einem Antrag in Höhe von 100.000 Euro für die Beratung von Wanderarbeiter seien CDU und Grüne nicht gefolgt. Die steigende Zahl von Arbeitnehmer insbesondere aus Osteuropa, die um Lohn betrogen und für die keine Sozialabgaben gezahlt würden, sei nicht hinnehmbar. Zudem sei es notwendig den Kommunen in vollem Umfang Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese die gestiegenen Kosten für die Flüchtlingsunterbringung bewältigen könnten. Zwar würden im Haushaltsentwurf diese Mittel aufgestockt, dennoch fehlten weitere 60 Millionen Euro für eine angemessene Finanzierung dieser Aufgaben, die durch die Kommunen für das Land erledigt werden.

Bund schafft Grundlage für ein Fracking freies Hessen

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßte den Vorstoß von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (beide SPD) zum Fracking.

Mit dem Eckpunktepapier zur Verschärfung der Rechtsgrundlage werde Fracking zur Förderung von Schiefergas in Hessen unmöglich gemacht und das Trinkwasser geschützt. Das sei eine gute Nachricht insbesondere für die Menschen in Nordhessen.

Damit komme die Bundesregierung einer Forderung aus Hessen nach. Hier habe die kanadische Firma BNK im Jahr 2011 erste Schritte unternommen, um sich weite Teile Nordhessen für Fracking zu sichern. Die SPD-Landtagsfraktion sei es gewesen, die das Vorhaben zum Thema einer großen Landtagsanhörung gemacht habe. Die Ergebnisse seien die Grundlage gewesen, BNK die Erkundung zu untersagen. Dagegen zog BNK vor das Verwaltungsgericht, das bis heute noch keine Entscheidung getroffen habe. Es sei immer die Forderung der SPD gewesen, auf Bundesebene eine rechtsichere Grundlage für ein Fracking-Verbot in Hessen zu schaffen.

Jetzt dürften die Eckpunkte in den Beratungen von Bundesländern und Verbänden nicht verwässert und noch in diesem Jahr eine rechtsicher Grundlage für Fracking freies Hessen geschaffen werden.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde